



# Administrative Regierung Bundesstaat Sachsen Deutsches Reich

[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)  
in der Funktion des persistent objector

Zentrale Verwaltung

[www.bundesstaat-sachsen.info](http://www.bundesstaat-sachsen.info)

An Herrn  
Uwe Knietzsch  
Reichenbrander Str. 4  
[09224] Grüna

vorab per Fax: 03212 1134 874

per Mail: [REDACTED]

**Anlagen: Amtsblatt 1 und Amtsblatt 9  
herausgegeben vom Präsidium Deutsches Reich**

Werter Herr Knietzsch,

uns ist Ihre Wahlbenachrichtigung zur Siegel- und Verweserwahl am  
15. und eventuell 22.10.2017 zur Kenntnis gelangt.

Sie vertreten die Auffassung, mit dieser Wahl in die Handlungsfähigkeit eines Bundesstaates  
zu gelangen. Als prüffähige Dokumente für die Wahlberechtigung erkennen sie BRD-  
Dokumente an.

Dies läßt uns davon ausgehen, daß Sie selbst im Besitz von BRD-Dokumenten wie  
Personalausweis, Reisepaß oder gar der Staatsangehörigkeitsurkunde der BRD ( „Gelber  
Schein“ ) sind und sich damit im Status und Personenstand der BRD befinden.

Als **Nichtstaatsangehöriger** des 2. Deutschen Reichs sind Sie keinesfalls befugt,  
Staatsangehörigkeitsausweise, Heimatscheine sowie Reisepässe und andere Dokumente eines  
Bundes-/Gliedstaates des Staatenbundes 2. Deutsches Reich auszustellen.

Wie Sie wissen, beurkundet die BRD als Rechtsnachfolger des 3. Reiches die  
Staatsangehörigkeit von Hitler-Deutschland. Demnach handeln sie im BRD-System und  
dienen somit dem Völkergewohnheitsrecht.

Ihre irreführten Wähler übereignen als erbberechtigte Ureinwohner also selbst freiwillig  
ihre Bodenrechte an das Verwaltungskonstrukt BRD, damit soll dann das  
Völkergewohnheitsrecht rechtsverbindlich sein.

Ihr Handeln dient somit im Völkergewohnheitsrecht der BRD und ebnet nachhaltig den Weg  
zur Verwertung der Gemarkungen der Gemeinden in der Europäischen Union. Die von Ihnen  
irreführten Ureinwohner können **keine** tatsächlichen Rechttträger mehr sein und können  
folglich unseren Grund und Boden nicht mehr für sich einfordern.

Mit dem Abschluß des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Preußen -legitimer  
Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen- und dem Bundesstaat Sachsen und dessen

Ratifikation am 10. September 2016 ist der Bundesstaat Sachsen ins **Völkervertragsrecht** zurückgekehrt und hat damit den Geltungsbereich der Weimarer Republik verlassen. Als völkerrechtskonformer und verfassungsmäßiger Rechtsnachfolger des Königreichs Sachsen obliegt die Wahrnehmung aller Rechte bei der administrativen Notregierung des sich seit 21. Januar 2016 gemäß Restitutionspflicht § 185 Völkerrecht in Reorganisation befindenden Staates Bundesstaat Sachsen.

**Ihre Wahl ist völkerrechtswidrig und somit illegal.**

**Daher untersagen wir Ihnen die Wahrnehmung der Interessen des indigenen Volkes der Sachsen wegen Unzuständigkeit.**

Gegeben zu Dresden am 22. Oktober 2017

Mit friedvollen Grüßen



*KaF = a.d.F.*

Katrin a.d.F. Ackermann  
Bereich innere Angelegenheiten

administrative Regierung Bundesstaat Sachsen

im Rechtsstand 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs,  
Verfassungsstand gemäß Notwahl vom 21. Januar 2016



# Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich  
innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des  
1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand  
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit  
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer  
Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs

**Amtsblatt Nr. 1 vom 05. Dezember 2016**

Öffentliche Bekanntmachung  
[www.staatenbund-deutschesreich.info](http://www.staatenbund-deutschesreich.info)

**Anordnung zur Entnazifizierung gemäß der Ausführungsgesetze zur  
Restitution/Reorganisation (AzRR) des Deutschen Reichs vom 27.11.2016  
Gesetz Nr. 1 Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze**

An alle Dienststellen und Haushalte der Bundesrepublik Deutschland

Mit der Ausstellung des Personalausweises oder Reisepasses mit der Staatsangehörigkeit „Deutsch“, oder des Staatsangehörigkeitsausweises der Bundesrepublik Deutschland (gelber Schein) gemäß StAG vom 05.02.1934 wendet die Bundesrepublik Deutschland die nationalsozialistische Gesetzgebung aus dem 3. Reich an.

Damit besitzen Sie „Nazi“-Ausweise!

Indem die Staatsangehörigkeit in den Bundesstaaten des Deutschen Reichs nach RuStAG (22.07.1913) im 3. Reich entzogen worden ist, verloren Ihre Vorfahren und damit auch Sie selbst alle Ihre Bodenrechte. Auch deshalb gelten für Sie keine Menschenrechte!  
Um wieder in diese Rechte kommen zu können, ordnen wir Ihnen an, unverzüglich Ihre Abstammung gemäß RuStAG nachzuweisen und Ihre rechtmäßige Staatsangehörigkeit in dem Bundesstaat wieder anzunehmen, wo Sie Ihren Wohnsitz genommen haben, d.h. im Freistaat Preußen bzw. in den Bundesstaaten Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg u.s.w. und damit die Entnazifizierung gemäß AzRR Gesetz Nr. 1 umzusetzen!

Sofern Sie dieser amtlichen Anordnung nicht folgen, können Sie sich gemäß AzRR strafbar machen!



*Julia Cornelia a.d.F. Reichelin*

*Hanns-Franz Dehler a.d.F. Gerdorf*



Präsidium des Deutschen Reichs

Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich  
innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des  
1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand  
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit  
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer  
Reorganisation der Gliedstaaten

Amtsblatt Nr. 9 vom 05. August 2017

Öffentliche Bekanntmachung  
[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)

## 1990 Der Hochverrat am Deutschen Volk

### 1. Der Zwei + Viervertrag vom 12. September 1990

Artikel 1

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, dass die **Verfassung des vereinten Deutschland** ...

Artikel 7

(1) Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß **volle Souveränität** über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

### 2. Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten

„2. Vorbehaltlich der Ziffer 3 wird der Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regulierung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (...) („Überleitungsvertrag“) gleichzeitig mit dem Deutschlandvertrag suspendiert und tritt gleichzeitig mit diesem außer Kraft, ....“

„3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft:

Erster Teil:

Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern sowie Absätze 3, 4 und 5.

Artikel 2 Absatz 1, Artikel 3 Absätze 2 und 3, Artikel 5 Absätze 1 und 3, Artikel 7 Absatz 1, Artikel 8

Dritter Teil: Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs, Artikel 6 Absatz 3 des Anhangs

Sechster Teil: Artikel 3 Absätze 1 und 3

Siebenter Teil: Artikel 1, Artikel 2

Neunter Teil: Artikel 1

Zehnter Teil: Artikel 4 .....

4 a) „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, dass die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin nicht umgangen werden!“

Frage: Welches „**vereinte Deutschland**“?

Welche „**Verfassung**“?

Welche „**Souveränität**“?



Pi



Zusatz zum Amtsblatt Nr. 9 vom 05. August 2017

## Freistaat Preußen

### Das Kontrollratsgesetz Nr. 46

ist ein vom Alliierten Kontrollrat am 25. Februar 1947 erlassenes Gesetz zur  
**Auflösung des Staates Preußen** (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 262)

**Mit Beschluß des Ministerrates der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland vom 20. September 1955**  
wurde das Kontrollratsgesetz Nr. 46 auf dem Verwaltungsgebiet der DDR wieder  
aufgehoben.

Der Ministerrat der UdSSR hat beschlossen, die Funktion des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aufzuheben..... Im Zusammenhang damit, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Beschlüsse des Kontrollrates in Deutschland bezüglich der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf friedlicher und demokratischer Grundlage verwirklicht worden sind, und unter Berücksichtigung der in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Gesetzlichkeit, die ein weiteres Inkraftbleiben der erwähnten Beschlüsse überflüssig macht,

hat der Ministerrat der UdSSR beschlossen, daß die in den Jahren 1945 bis 1948 in  
Ausübung der Besatzungsrechte der vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland  
erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und anderen Verordnungen auf dem Gebiet der  
Deutschen Demokratischen Republik ihre Gültigkeit verlieren. ...

\*\*\*

Am gleichen Tag:

### **Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955**

Artikel 1. Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden, ausgehend von der vollen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der  
**staatlichen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten** sowie von den hohen Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, indem sie die Prinzipien des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen brüderlichen Hilfe verwirklichen, auch künftig die Beziehungen der Freundschaft und engen Zusammenarbeit auf allen Gebieten entwickeln und festigen.

### **23. August Beschluß der DDR-Volkskammer über die Auflösung der DDR und Bildung der Länder.**

**Am 27. /28. September 1990 wurde eine Vereinbarung zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen getroffen:**

„4 a) Die Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass sie sämtliche Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, dass die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin nicht umgangen werden.“ 1386 Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1990, Teil II Bekanntmachung vom 08. Oktober 1990

„Die Kohl-Regierung setzt die Russische Enteignung von 1945-1949 NICHT außer Kraft und erbeutet so Immobilien und Grundwerte von rund 600 Milliarden DM und kann somit die übrigen Besatzungsmächte mit je 200 Milliarden DM abfinden.“(Quelle Zitat Gorbatschow, Report ARD 30.08.2008), sowie Constanze Paffrath: Dissertation "Macht und Eigentum" Uni Duisburg 2008

**1990 wurde das Verwaltungsgebiet der aufgelösten  
Deutschen Demokratischen Republik durch die BRD  
an die Drei Westmächte  
verschachert.**

**Seit Auflösung der DDR gilt wieder der letzte  
völkerrechtskonforme Verfassungsstand auf diesem  
Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen.**

**(Provinzen Brandenburg, Sachsen, Pommern)**

**Es gilt die Verfassung des Staates Freistaat Preußen vom 30.  
November 1920 im Rechtsstand 18. Juli 1932, 2 Tage vor der  
gewaltsamen Übernahme des Staates Freistaat Preußen durch  
das Hitler-Regime. (Preußenschlag)**

### **Bundesstaat Sachsen**

**Der sogenannte „Freistaat“ Sachsen befindet sich seit 1918 in der  
Weimarer Republik.**

**Mit der Notwahl vom 21.01.2016 ist der Bundesstaat Sachsen in  
die Reorganisation/Restitution gemäß § 185 Völkervertragsrecht  
eingetreten. Bei dieser Notwahl wurde die Verfassung des  
Freistaat Preussen vom 30.11.1920 für die Zeit der Reorganisation  
angenommen. Durch den Staatsvertrag mit dem Freistaat  
Preussen und dessen Ratifizierung vom 10.09.2016 befindet sich  
der Staat Bundesstaat Sachsen mit seinen Staatsangehörigen  
ebenfalls im Völkervertragsrecht! Rechtsstand ist 2 Tage vor  
Ausbruch des 1. WK und es gilt der Verfassungsstand des  
Staatenbundes Deutsches Reich von 1871.**

